

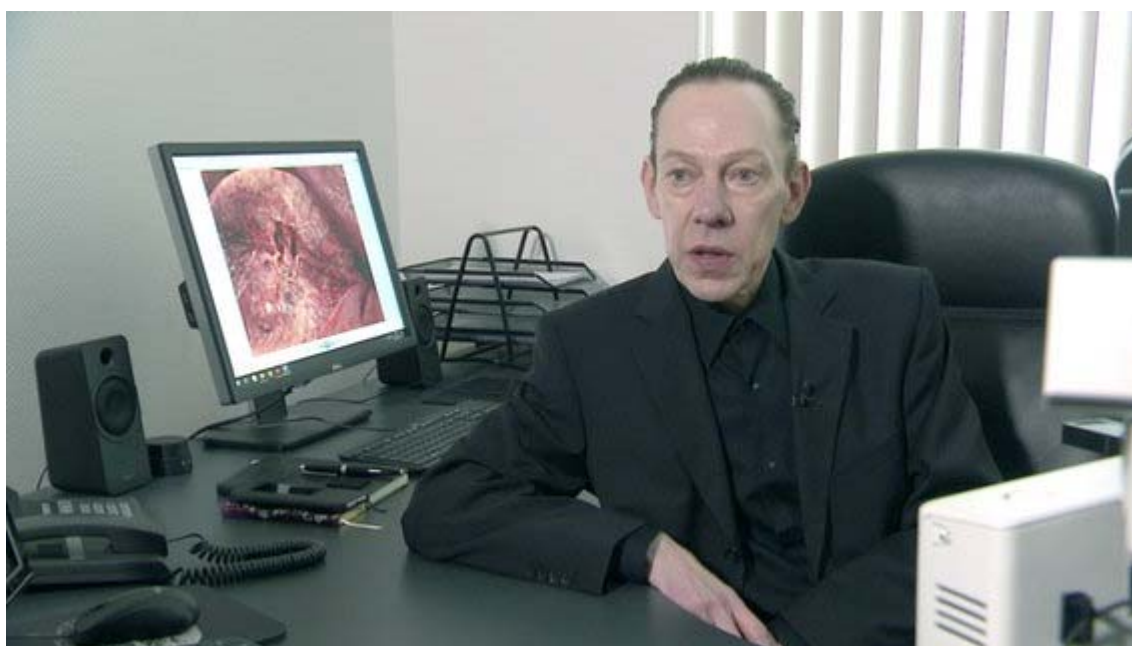
Kaum Obduktionen bei Covid-19-Todesfällen in MV

NDR

Stand: 04.02.2021 13:51 Uhr

Bei zuletzt 480 Corona-Toten im Land hat es bis heute nur acht Obduktionen gegeben. Deutschlandweit sieht das nicht viel anders aus. Die Quote müsse erhöht werden, fordert auch der Bundesverband der Deutschen Pathologen. Nur so sei ein wirksamer Beitrag zum Verständnis der Krankheit und bei der Entwicklung angepasster Therapien möglich.

Bereits im April hatten die Rechtsmediziner an der Universität Rostock angekündigt, mutmaßliche Corona-Tote obduzieren zu wollen. Wenig später sollten dann die Gesundheitsämter der Städte und Landkreise entsprechende Obduktionsanträge stellen können. Und das auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes, auch ohne Einverständnis der Hinterbliebenen. Selbst die Finanzierung durch das Land und die Universität schien geklärt. Doch dann passierte - wenig.



Gerade im Hinblick auf die Mutationen des Corona-Virus wäre es von großem Interesse, mehr zu obduzieren, sagt Professor Büttner.

**Rechtsmediziner zu Obduktionen:
"Enttäuschende Quote"**

Bis Anfang Februar 2021 wurden in Mecklenburg-Vorpommern laut Robert Koch-Institut (RKI) 474 Sterbefälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus

registriert. In nur acht Fällen wurde eine Obduktion durchgeführt - jeweils in Rostock. Für Professor Andreas Büttner, Direktor des Rostocker Instituts für Rechtsmedizin, ist dies eine "enttäuschende Quote". Gerade bei der zweiten Welle wäre es doch wichtig gewesen, genauer hinzuschauen.

Ist jemand an oder mit Corona gestorben?

Rechtsmediziner und Pathologen könnten helfen, diese Frage Schritt für Schritt und im statistischen Maßstab zu klären. Doch nicht nur das, auch für den behandelnden Arzt auf der Intensivstation seien Obduktionsergebnisse wichtig, so Büttner, wenn herausgefunden werden soll, warum eine bestimmte Therapie in dem einen Fall anschlägt und im anderen möglicherweise nicht. Auch wenn es für Tatort-Fans anders aussieht - der Rostocker Rechtsmediziner versteht seine Arbeit als Dienst am Menschen, "den Lebenden". Denn gerade auch für die Angehörigen sei es wichtig zu wissen, ob der Verstorbene tatsächlich mit dem Virus infiziert war, meint Büttner - auch wegen möglicher Selbstvorwürfe, vielleicht Schuld an einer Ansteckung gewesen zu sein.

Obduktionen können helfen, verschiedene Krankheitsverläufe zu verstehen

Doch zu spät ist es offensichtlich auch in Rostock nicht. Gerade im Hinblick auf die Mutationen des Virus wäre es von großem Interesse, mehr zu obduzieren, sagt Büttner. Er hofft, unter anderem daran mitzuwirken zu können, unterschiedliche Krankheitsverläufe zu erkennen, auch hinsichtlich der verschiedenen Risikogruppen. Daraus könnten dann besser angepasste Therapien entwickelt werden. Einsichten, die dann den Patienten in den Kliniken unmittelbar zu Gute kommen könnten.



Rostocks Gesundheitssenator Bockhahn: Eine Obduktion kann von Amts wegen angeordnet werden.

Warum zu wenig passiert und der Rostocker Sonderweg

Rostocks Gesundheits senator Steffen Bockhahn (Die Linke) hat diese Frage auf dem Tisch. Auch wenn die Sterbezahl in der Stadt mit 16 vergleichsweise niedrig ist. Natürlich, so Bockhahn, "ist die amtlich angeordnete Obduktion ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte". Die Wahrung der Totenruhe sei ein wichtiges Gut. Aber - und das ist die andere Seite - wegen des wissenschaftlichen Interesses im Pandemiefall und mit dem Paragraphen 25 des Infektionsschutzgesetzes im Rücken kann eine Obduktion von Amts wegen angeordnet werden. Es müsse eben abgewogen werden, so Bockhahn weiter. Und er sagt auch, dass in Schwerin im zuständigen Wirtschaftsministerium bis vor Kurzem noch aus rechtlichen Gründen empfohlen wurde, von "Zwangsobduktionen" durch die Gesundheitsämter abzusehen.

In Rostock kann das Gesundheitsamt ab sofort Obduktionen anordnen

Ein Sinneswandel im Ministerium sei aber im Gange, so Bockhahn. Die prompte Reaktion des Senators: In Rostock kann das Gesundheitsamt ab sofort die amtsärztliche Obduktion anordnen - idealerweise mit Zustimmung der Angehörigen, aber auch gegen deren Wunsch, so der Senator. Sein Argument: Zu verstehen, wie Corona funktioniert, helfe schließlich auch, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen beim Infektionsschutz wahren zu können. Und das sei schließlich eine originäre Aufgabe der Gesundheitsämter.

Obduktionen notwendig?

Mit diesem Vorstoß steht Rostock aktuell allein da. Die gängige Praxis ist, dass sich die Gesundheitsämter im Land im Kern darauf berufen, dass das Gesundheitsamt aus dem Ergebnis der Obduktion Erkenntnisse erwartet, die notwendig sind, um über erforderliche Schutzmaßnahmen entsprechend des Infektionsschutzgesetzes zu befinden. So heißt es zum Beispiel von der Pressestelle der Landeshauptstadt Schwerin auf Anfrage von NDR 1 Radio MV. "Die Aufgabe für das örtlich zuständige Gesundheitsamt sei vordergründig, Infektionswege zu ergründen und Infektionswege zu brechen." Dazu seien Obduktionen nicht erforderlich, schreibt die Pressestelle des Landkreises Vorpommern-Rügen die Argumentation aufgreifend. Aus der Kreisverwaltung des Landkreises Rostock wird geantwortet: Das Gesundheitsamt des Landkreises Rostock habe keinen wissenschaftlichen Auftrag. Es habe keine Notwendigkeit bestanden, Zwangsobduktionen durchzuführen, um daraus erforderliche Schutzmaßnahmen ableiten zu können.

Videos



Rückendeckung aus Schwerin

Die Verfahrensweise der Gesundheitsämter steht offenbar im Einklang mit der Stellungnahme aus dem Gesundheitsministerium in Schwerin vom 25. Januar: "Voraussetzung für eine solche Anordnung ist, dass das Gesundheitsamt aus dem Ergebnis der Obduktion Erkenntnisse erwartet, die notwendig sind, um über erforderliche Schutzmaßnahmen entsprechend (...) zu befinden. Alle anderen Obduktionen infizierter Personen können nur mit Einwilligung der Hinterbliebenen durchgeführt werden."

MV ist "nur" Teil des Problems

Von den Toten für die Lebenden lernen - das ist Aufgabe der Pathologen. Die rund 1.500 Pathologen in Deutschland sollten damit bei aktuell knapp 58.000 vom RKI gezählten Covid-19-Toten genug zu tun haben. Die Realität sieht aber anders aus. Nach aktuellen Schätzungen des Bundesverbandes der Deutschen Pathologen - genaue Zahlen gibt es nicht - wurden in Pandemie-Zeiten in deutschen Kliniken weit weniger als 1.000 Obduktionen bei mutmaßlichen Todesfällen durchgeführt

Geringe Obduktionsquote - Pathologe spricht von Skandal

"Die Obduktionsquote bei Covid-19-Verstorbenen wird sich im zurückliegenden knappen halben Jahr nicht verzehnfacht haben", schätzt Johannes Friemann, Leiter der AG Obduktionen des Bundesverbandes der Deutschen Pathologen und Leiter des Standortes für Pathologie am Klinikum Lüdenscheid des Pathologischen Institutes der Universitätsklinik Köln. Mehr als vielleicht zwei Prozent - bei jetzt aber rund 59.000 Toten deutschlandweit - sind zu Jahresbeginn aus seiner Sicht nicht zu erwarten. Genaueres aber kann er nicht sagen. Eine neue Befragung sei in Arbeit. Aus seiner Sicht wären aber mindestens zehn Prozent bei der Obduktionsquote das notwendige Ziel. So wie es jetzt ist, sei es ein Skandal, so Friemann. Die Frage zu klären, ob Menschen

mit oder durch die Infektion versterben, bleibe so die Herausforderung.

"So wie es jetzt ist, ist es ein Skandal"

Die Situationsbeschreibung aus Sicht des Berufsverbandes der Deutschen Pathologen: "Trotz der weltweiten Bemühungen, die Covid-19-Erkrankung besser zu verstehen, ist über die Pathogenese dieser Erkrankung wenig bekannt. Dies gilt sowohl für die Ausbreitung innerhalb des menschlichen Körpers als auch die Auswirkungen auf die jeweiligen Organe und Zellen."

Hoher Altersdurchschnitt und überwiegend chronisch Kranke bei den Todesfällen im Land

Tatsächlich ist der Altersdurchschnitt der Toten im Zusammenhang mit Covid-19 hoch. In den drei Landkreisen mit der höchsten Zahl von Todesfällen sind die meisten Verstorbenen älter als 70 Jahre. In Vorpommern-Greifswald sind es 90 Prozent von 110 Toten, in Ludwigslust-Parchim sind es 86 Prozent von 84 Toten und im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte 98 Prozent von 56 Toten, die mit Corona in Zusammenhang gebracht werden. Auch die Quote chronischer Vorerkrankungen bei den Verstorbenen ist nach Angabe der Gesundheitsämter der Kreise hoch.

Dieses Element liegt auf Servern von Datawrapper.de. Sie können die Einbettung auf unserer [Datenschutzseite](#) deaktivieren.

Hohes Alter kein Grund für Verzicht auf Obduktion

Doch das Alter der Verstorbenen und ihre chronischen Vorerkrankungen sind für den Rostocker Rechtsmediziner Büttner kein Argument, darauf zu verzichten, sie zu obduzieren. Natürlich, so Büttner, seien vielfach ältere Menschen betroffen, doch gerade die Obduktionen könnten klären, warum der eine überlebt und der andere nicht. Und da wäre eben die Obduktion extrem wichtig, um festzustellen, ob die Patienten, die überlebt haben, ganz andere Vorerkrankungen hatten als die die gestorben sind. In dieser Hinsicht würden die Obduktionen immer wieder überraschende Befunde ergeben, mit denen die Klinikärzte nicht gerechnet hätten. Und das könnte helfen, Therapieansätze für alte Menschen zu finden, erklärt der Pathologe.

Aussagen wie aus dem Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Schwerin: "Bei klarer Kausalität und Zugehörigkeit zu bekannten infektiösen Clustern, wie bei einem Heimausbruch, ist eine Obduktion aus Sicht der Gesundheitsbehörde entbehrlich.", verärgern den Rechtsmediziner. Er meint, damit werde man dem einzelnen älteren Patienten nicht gerecht, weil unklar bleibe, woran er eigentlich verstorben ist. Zum anderen, wenn argumentiert werde, er wäre ohnehin gestorben, ist doch die Frage, warum die Schutzmaßnahmen überhaupt getroffen werden.

Doch bislang haben solche Argumente das Wirtschaftsministerium und die Gesundheitsämter im Land offenbar kaum gekümmert. Ergebnis: Die Zahl der Obduktionen im Land liegt aktuell im einstelligen Bereich. Und das bei 480

Verstorbenen.

Das Geld fehlt

Der Fehler scheint im System zu liegen. Die Pandemie macht nur sichtbar, was bisher der Öffentlichkeit verborgen blieb: Die Pathologischen Institute sind chronisch unterfinanziert, es gibt zu wenige Mitarbeiter, die Obduktionsquote seit Jahren zu niedrig, der Grad der Ausbildung angehender Mediziner auf dem Feld der Pathologie ist unzureichend und stetig abnehmend. Und das räche sich in der Krise, so die Einschätzung nicht nur des Bundesverbandes der Deutschen Pathologen. Johannes Friemann aus dem Vorstand des Bundesverbandes bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: Das Obduktionswesen in Deutschland liegt am Boden. Das kann keine Basis für eine solide Gesundheitsversorgung sein.

Corona: Das sollten Sie wissen

Service



[Bürgertelefone zum Coronavirus](#)

Ministerien, Behörden und Verbände in Mecklenburg-Vorpommern haben Bürgertelefone und Hotlines für Fragen zum Coronavirus geschaltet. Hier finden Sie eine Übersicht. [mehr](#)

Dieses Thema im Programm:

NDR 1 Radio MV | Die Nachrichten | 03.02.2021 | 15:00 Uhr